

Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



AUFRÜSTUNG & SOZIALABBAU | FRIEDENSINITIATIVEN

Nummer 2 | Juli 2026, € 4,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) wies in seinem jährlichen Bericht auch für das vergangene Jahr wieder einen Anstieg der weltweiten Militärausgaben aus. Sie stiegen das elfte Jahr in Folge und erreichten einen neuen Rekordwert von rund 2,9 Billionen US-Dollar. Eine zentrale Rolle nimmt dabei auch Europa ein, wo die Ausgaben um 14 % erhöht wurden und so einen neuen Höchstwert erreichten. Es scheint, als wäre die Ausgaben für Aufrüstung ein Fass ohne Boden und als wären alle ideenlos, wenn es um alternative Ansätze zu Sicherheit, Absicherung und sozialem Zusammenhalt geht.

Jedoch ist das ein Trugschluss – es gibt so viele spannende, gewaltfreie Auseinandersetzungen mit diesen Themen. In der vorliegenden Ausgabe des Spinnrads haben wir ein paar Facetten zusammengetragen, die einerseits den Rüstungswahn in Frage stellen, das fehlende Budget in wichtigen (sicherheitstechnisch durchaus relevanten!) Bereichen ankreiden, aber auch konstruktive Ansätze beleuchten. Von Widerstand bis zur gelebten Alternative nimmt euch diese Ausgabe des Spinnrads mit auf eine Reise des Umdenkens – gerade richtig für die Sommerlektüre.

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

EINLADUNG zum Hiroshimagedenken 2026

AUFGEPASST: Die traditionelle Gedenkfeier der Hiroshimagruppe (mit Beiträgen u.a. von Österreichischer Friedensrat, ICAN Austria, IPPNW Österreich...) wird dieses Jahr am **6. August 2026 ab 19 Uhr am Karlsplatz** beim Teich vor der Karlskirche in Wien stattfinden.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Umschlag vorne:

Demonstration 10. Juni 2026 auf der Mariahilfer Straße in Wien
Bild: IVB

Inhalt

02 | Editorial und Impressum

03 | Wettrüsten stoppen

von Irmgard Ehrenberger

04 | Stop ReArm Europe: Neue europäische Bewegung formiert sich in Brüssel

von Max Hollweg

06 | Europäische Friedensstrategie

von Thomas Roithner, Marit Seyer,
Fabian Hämmerle

09 | Selbst aktiv werden gegen Kürzungspolitik und Sozialabbau

von Axel Magnus

16 | Weniger Hilfe, mehr Krisen? Folgen der Kürzungen in der Entwicklungs-zusammenarbeit

von Erwin Eder

14 | Kräfte bündeln und Widerstand leisten

Interview mit Martha Irene VASQUEZ RIVERA
und Germán GRACIANO POSSO

17 | Gemeinschaft über Grenzen hinaus: Ein anderes Gesicht der Menschlichkeit Bericht zum Vortrag der „Combatants for Peace“ von Lucia Hämmerle

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 15
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbsteinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Gastkommentare müssen nicht mit der Meinung des Redaktionsteams übereinstimmen.

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH,
Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Raiffeisen Umweltcenter Gunskirchen
BIC: RZOOAT2L129,

IBAN: AT36 3412 9000 0891 2305

Preis der Einzelnummer: € 4,-

Abonnement: € 15,- (Inland), € 20,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!

Umschlagrückseite:

„Das Zeichen des Willkommens“ Oft gehörte Geschichte aus der mündlichen Überlieferung. Diese und andere Geschichten sind nachzulesen in der Sammlung "4. Geschichtenadventkalender"
www.frauwolle.at

Wettrüsten stoppen!

von Irmgard Ehrenberger

Die Propagandamaschinerie für Aufrüstung läuft mit medialer Unterstützung in ganz Europa und auch bei uns in Österreich auf Hochtouren. Angesichts massiver Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, in der Gesundheitsversorgung und in der Entwicklungszusammenarbeit müssen den EU-Bürger*innen die sprunghaft ansteigenden Militärausgaben schmackhaft gemacht werden. Die EU-Länder müssen sich demnach gegen multiple Bedrohungen schützen, und das sei nur durch massiven Aufbau der Kampfbereitschaft möglich. Immer wieder werden auch angebliche Geheimdienstinformationen ins Rennen geschickt, die – sehr vage – vor einem unmittelbar bevorstehenden Angriff Russlands auf ein EU-Land warnen. Dass die EU-Kommission und Abgeordnete zum EU-Parlament seit Jahren von Lobbyist*innen der Rüstungsindustrie geradezu belagert werden, wird vorsorglich verschwiegen.

In der Attac-Broschüre „Rüstungskonzerne und der Profit mit Krieg“ wird festgehalten, dass zwischen 2019 und 2024 insgesamt 356 Treffen zwischen Vertreter*innen der Rüstungsindustrie und der EU-Kommission stattfanden.

Wie kann sich der friedenspolitisch engagierte Teil der Zivilgesellschaft gegen eine solche Übermacht zur Wehr setzen und sich Gehör verschaffen? Genau diese Frage stellen wir uns im Versöhnungsbund. Neben unserem Engagement in der EU-weiten Kampagne „Stop ReArm Europe“ und unseren Vorschlägen für eine aktive Friedenspolitik wollten wir die massiven Aufrüstungspläne „Österreichisches Bundesheer 2032+“ nicht unkommentiert und ohne Widerstand ins Land ziehen lassen.

Da wir überzeugt davon waren, nicht allein mit diesen Anliegen und unserer Betroffenheit und unserem Unmut zu sein, machten wir uns auf die Suche nach Verbündeten. Wir fanden sie u.a. bei Attac und ihrer Kampagne „Wettrüsten stoppen“, die im Jänner 2026 mit einem Treffen im Amerlinghaus in Wien lanciert wurde.

Die Kampagne, die seither von Attac, WILPF Austria (Women's International League for Peace and Freedom), dem Versöhnungsbund und mehr als 20 weiteren Organisationen mitgetragen wird, setzte ihren Fokus in einem ersten Schritt auf das Doppelbudget 2027/28, das am 10. Juli im Nationalrat beschlossen wurde. Mit der „Petition Friedensförderung und Sicherheit statt Aufrüstung!“ wollten wir die Regie-



rung darauf hinweisen, dass ihre Propaganda nicht uneingeschränkt auf fruchtbaren Boden fällt und Menschen, insbesondere jenen, die unter den Kürzungen leiden, die Möglichkeit bieten, ihre Missbilligung kundzutun. So fand neben der Ablehnung der Erhöhung der Rüstungsausgaben auch die Forderung nach einer höheren Besteuerung des wohlhabendsten Teils der Bevölkerung zugunsten des Wohlfahrtsstaates Eingang in die Petition.

Bis zum 10. Juli konnten 3.614 Unterschriften online, bei Veranstaltungen und bei Infotischen gesammelt werden. Für die geplante Übergabe an Finanzminister Martnerbauer erhielten wir keinen Termin, auch eine kurze Aussprache vor der Nationalratssitzung war nicht möglich. Die Übergabe soll im Herbst nachgeholt werden, auch wenn aus gesundheitlichen Gründen vielleicht nicht an den Finanzminister selbst.

Schon jetzt im Sommer beginnen wir mit den Vorbereitungen für die Herbst-Kampagne, die mit Aktionstagen von 20. bis 22. November ihren Höhepunkt haben soll. Denn es ist allerhöchste Zeit, dass der Zusammenhang zwischen Hochrüstung, neoliberaler Austeritätspolitik und dem Voranschreiten der Klimakatastrophe klar aufgezeigt und umfassender Widerstand aufgebaut wird.

Irmgard Ehrenberger ist Co-Geschäftsführerin beim Internationalen Versöhnungsbund.



Stop ReArm Europe: Neue europäische Bewegung formiert sich in Brüssel

von Max Hollweg



Über 12.000 Menschen demonstrieren am 14. Juni in Brüssel gegen Aufrüstung und Sparpolitik. Max Hollweg berichtet vom bisherigen Höhepunkt der internationalen Stop ReArm Europe-Mobilisierung und zieht daraus Schlüsse für Österreich.

Gegen 15 Uhr füllt sich der Platz im Zentrum Brüssels. Aus allen Richtungen strömen Menschen mit selbstgebastelten Schildern herbei. Vor der Bühne stehen vordruckte Plakate mit dem Spruch „Welfare not Warfare“ – übersetzt in ein Dutzend Sprachen. Ein paar Meter weiter drängt sich eine Traube aus Journalist*innen und Social-Media-Creator*innen um den britischen Politiker Jeremy Corbyn. Gewerkschaftsfunktionär*innen halten Reden, dazwischen Greenpeace, feministische Gruppen und die Palästina-Bewegung, die „Metal Workers against War“ sowie Arbeiter*innen aus dem Gesundheitswesen. An diesem Nachmittag ist es den lokalen Organisator*innen in Brüssel gemeinsam mit dem internationalen Bündnis Stop ReArm Europe gelungen,

zwei bisher häufig getrennte Kämpfe zusammenzuführen: das Aufbegehren gegen Austerität und Sparpolitik mit dem Widerstand gegen Kriege und das europäische Aufrüsten.

Eine Krise, viele Gesichter, das gleiche Muster

Dem Aufruf von Stop ReArm Europe – einem europaweiten Bündnis von über 800 zivilgesellschaftlichen Organisationen – sind zahlreiche Aktivist*innen gefolgt. Auch aus Österreich sind wir mit einer Delegation der Kampagne „Wettrüsten stoppen!“ von Attac, WILPF und dem Versöhnungsbund präsent. In den vielen Gesprächen rund um die Demonstration fällt auf: Die politische Dynamik ist in den verschiedenen europäischen Ländern erstaunlich ähnlich. Getrieben von hoher Inflati-

on, Energiekrisen und wachsenden Schulden werden fast überall Sozialleistungen gekürzt. Rechte Mehrheiten, gestützt von rassistischen Diskursen, wälzen die Lasten dieser Krisen und Kriege auf die einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen ab – und längst nicht nur auf sie. Auch die untere Mittelschicht spürt die Einschnitte. Die Hoffnung auf Aufstieg, auf eine bessere Zukunft und auf Wohlstand für alle ist dünn gesät.

Genau darauf bauen rechte, konservative und mitunter auch sozialdemokratische Kräfte ihre Erzählung: Das Wohlfahrtsversprechen kann nicht mehr für alle eingelöst werden. Es geht ohnehin alles den Bach runter. Die Welt brennt. Also lässt uns abschotten und hochrüsten, um die gesellschaftliche Ordnung notfalls mit Gewalt zu sichern. „Auch du kannst dazugehören“, lautet das Versprechen. Doch wahlweise werden ganze Gruppen aus dieser Zugehörigkeit ausgeschlossen. Das lässt sich auch in Österreich täglich beobachten. Arbeitslose, Geflüchtete und suchtkranke Menschen sind dabei die Ersten, die fallen gelassen werden. Solidarität und Menschenrechte gelten nur noch dort, wo sie gerade passen. Nach Jahren der Krisen müssen nun eben Abstriche gemacht werden, so die Botschaft.

Keine Illusionen, aber ein Plan für den Widerstand

Umso wichtiger, dass sich gerade jetzt neue Bewegungen formieren. Illusionen sollte sich dabei niemand machen: Die politischen Mehrheiten in der EU sind in den vergangenen Jahren weit nach rechts gerückt. Zwei große Demonstrationen



oder der tausendste offene Brief werden daran nichts Grundlegendes ändern. Dafür müssen sich die Kräfteverhältnisse erst dramatisch verschieben.

Den Anwesenden in Brüssel scheint die Dramatik der Lage bewusst zu sein. Die Meisten waren in den vergangenen Jahren ja nicht untätig. Sie haben gegen Genozide, Kriege, Patriarchat, gegen eine menschenverachtende Migrations- und Sozialpolitik oder die Klimakatastrophe gekämpft. Sie haben gesehen, wozu die EU und der sogenannte Westen fähig sind. Anders als in der Hochphase der Klimabewegung gibt es hier kaum noch die Wunschvorstellung, die aktuelle politische Klasse würde Menschenrechte, Klimagerechtigkeit oder eine echte Friedenspolitik plötzlich ernst nehmen. Das verändert die Perspektive. Was auf den ersten Blick deprimierend wirkt, kann mittelfristig zu neuen Strategien führen, die das System tatsächlich stören.

Neue Bewegungsperspektiven in der Stop ReArm Europe Ver- sammlung

Am Abend nach der Demonstration verlagert sich das Geschehen in den großen Saal der Königlichen Bibliothek von Brüssel. Immer mehr Menschen drängen herein. In roten Kinosesseln verfolgen die Teilnehmenden gespannt die kurzen Interventionen der Sprecher*innen. Weit über 100 Organisationen und Bewegungsgruppen sind mit Delegierten vertreten. Ein Sprecher des britischen Bündnisses „Stop the War“ kündigt auf der Bühne eine Antikriegskonferenz für das kommende Wochenende in London an. Mehr als 2.000 Teilnehmende werden erwartet.

Auch eine Vernetzung verschiedener Schüler*innen- und Jugendorganisationen, die sich gegen Wehrpflicht und Aufrüstung organisieren, ist vor Ort. Sie schlagen vor, am 20. November zum Streik aufzurufen.

Stop ReArm Europe greift den Vorschlag auf und will an jenem Wochenende die nächsten europaweiten Mobilisierungen planen. Über den Sommer wird sich weiter abgestimmt. Auch Vertreter*innen großer Gewerkschaften aus Belgien, Italien und Spanien sind vor Ort und nehmen die Vorschläge mit in ihre Strukturen.

Lange geopolitische oder gesellschaftspolitische Analysen sucht man an diesem Abend vergebens. Man ist sich in den großen Fragen einig oder hält Differenzen aus. Gerade das macht die Versammlung so erfrischend mobilisierend. Denn der Fokus liegt klar auf der gemeinsamen Organisation. Nach Jahren eskalierender Kriege und Krisen scheint man sich auf einen gemeinsamen Nenner verständigt zu haben: „The shit hit the fan a while ago.“ [dt.: *Die Scheiße ist seit einiger Zeit a Dampfen*] Die Konsequenz, die daraus gezogen wird, ist ebenso schlicht wie dringlich: Es ist Zeit, wieder handlungsfähig zu werden.

Erste Versuche mit SoWi_So in Österreich

Auch in Österreich sucht man seit Monaten den Schulterschluss zwischen verschiedenen Bewegungsströmungen, um der Kürzungspolitik und der Aufrüstungsdynamik etwas entgegenzusetzen. Getragen wird dieser Versuch wesentlich vom Bündnis „Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau“ – kurz „SoWi_So“. Es wurde im vergangenen Herbst als Reaktion auf die Wiener Kürzungspolitik gegründet. Anlässlich der Budgetrede des Finanzministers und im Rahmen der Welfare-not-Warfare Aktionstage organisierte das Bündnis am 10. Juni eine Demonstration gegen den Budgetvorschlag.

Die Mobilisierung reichte jedoch kaum über die treibenden Kräfte im Bündnis hinaus. 300 bis 500 Menschen zogen in einer kleinen,

aber kämpferischen Demonstration durch die Mariahilfer Straße in Wien. Angesichts der dramatischen Kürzungswelle und der weiter wachsenden Zustimmungsraten für die FPÖ stellt sich die Frage umso dringlicher: Wie können wir mehr werden und echten politischen Druck aufbauen?

Zurück in Wien wollen wir SoWi_So an die internationalen Mobilisierungen von Stop ReArm Europe andocken. Es ist ein Versuch, etwas von jener Energie nach Österreich zu holen, die in Brüssel am 14. Juni deutlich spürbar war. Gewerkschaften hierzulande zeichnen sich aktuell weniger als Bündnispartner aus. Sie sind maximal kompromissbereit. So stützen sie mitunter Aufrüstungs- und Austeritätspolitik – mal indirekt, mal ganz direkt. Umso zentraler sind daher eine gut vorbereitete Mobilisierung und Räume, in denen sich die unterschiedlichen Bewegungsgruppen abstimmen können. So können wir wieder handlungsfähig werden. Der Rahmen einer breiten Versammlung wie in Brüssel könnte dabei beispielgebend sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass die nächsten menschenverachtenden Reformen und Krisen weitgehend ungehindert an uns vorbeiziehen – so wie [Ende Juni] die „Send them back“-Rufe im EU-Parlament anlässlich des Beschlusses zu Deportationszentren in Drittstaaten. Wir müssen uns konsequent und gemeinsam gegen Sozialkürzungen, Kriegstreiberei und gesellschaftliche Ausschlüsse stark machen.

Max Hollweg ist Campaigner bei Attac Österreich und Teil der Koordinationsgruppe des internationalen Bündnisses Stop ReArm Europe.

Dieser Artikel erschien ursprünglich unter <https://mosaik-online.at/stop-rearm-europe-neue-europaeische-bewegung/>



Europäische Friedensstrategie

42 Vorschläge für eine aktive Friedenspolitik

von Thomas Roithner, Marit Seyer, Fabian Hämmerle

Der Antrieb, eine Europäische Friedensstrategie zu konzipieren, ist auf den ersten Blick einfach erklärt: Es braucht konstruktive und systematische Vorschläge, damit es nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus friedlicher wird.

Dazu gilt es, die gegenwärtige Lage von Krieg, Frieden, Gewalt und Konfliktbearbeitung selbstkritisch zu betrachten, nach einem europäischen Selbstverständnis zu fragen und auch danach, was glaubwürdige Friedenspolitik eigentlich ausmacht. Das sind für die Europäische Friedensstrategie neben rechtlichen Verpflichtungen auch politischer Realismus, Rechenschaftspflicht und umfassende strukturelle Veränderungen.

Die Strategie gliedert sich in sieben zentrale Abschnitte mit jeweils sechs Vorschlägen – insgesamt also 42 konkrete Ansatzpunkte für eine aktive Friedenspolitik. Inhaltlich werden sie von zehn grundlegenden Prinzipien geleitet.

Aufrüstungsdynamik

In der Ausgangslage beschreibt die Europäische Friedensstrategie (European Peace Strategy, hier zitiert als EPS) die weit verbreitete Angst vor weiteren Kriegen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die verstärkte Aufrüstungsdynamik in Europa und der rasche Ausbau der chinesischen Nuklearfähigkeiten werden dabei als besonders besorgniserregende Entwicklungen hervorgehoben.

„Die Aushöhlung von Normen wird nicht nur durch offene Ablehnung vorangetrieben, sondern auch durch selektive Durchsetzung, Dop-

pelmal und Straffreiheit – Dynamiken, die das Vertrauen in Europas Verpflichtungen sowohl innerhalb Europas als auch weltweit untergraben haben. Eine glaubwürdige Reaktion auf diese Krise erfordert mehr als nur rhetorische Anpassungen: Sie verlangt weitreichende politische, institutionelle und wirtschaftliche Veränderungen.“ (EPS: 8)

Die Friedensstrategie sieht im Angesicht andauernder Kriege, steigender Militärausgaben, hybrider Konflikte, der raschen Verbreitung von künstlicher Intelligenz und der sich verschärfenden Klimaerhitzung, dass traditionelle Sicherheitskonzepte Krisen nicht nachhaltig lösen. „Militärische Mittel können Diplomatie, internationales Recht und die kooperative Konfliktlösung nicht ersetzen. Diese Friedensstrategie schlägt erste Schritte für einen transformativen Wandel von militarisierter Sicherheit hin zu menschlicher Sicherheit und einem gewaltfreien und kooperativen Ansatz zur Bewältigung der Ursachen von Konflikten vor.“ (EPS: 7)

Sicherheit neu denken

Die Europäische Friedensstrategie „stützt sich auf bewährte und erprobte Instrumente der Friedenskonsolidierung, darunter zivile Konfliktprävention, Mediation, Dialogförderung, Versöhnung und Wiederaufbau nach Konflikten. Diese Instrumente sind nach wie vor notwendig – doch sie reichen nicht mehr aus, wenn man sich nicht mit den strukturellen Ursachen der Militarisierung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ungleichen Rechenschaftspflicht auseinandersetzt, die in der Praxis immer wie-

der dazu führen, dass Normen ausgehöhlt werden.

Gleichzeitig gelingt es Bildungssystemen in ganz Europa bislang nicht, die nächste Generation auf die Herausforderungen der Friedensförderung, der Konfliktbewältigung, des sozial-emotionalen Lernens, der digitalen Welt, des frühzeitigen Handelns in Konfliktsituationen und globaler Verflechtung vorzubereiten. Der Mangel an systematischer Friedenserziehung, kritischer digitaler Kompetenz und Stärkung der Bürger*innenbeteiligung führt dazu, dass junge Menschen nicht ausreichend gerüstet sind, um eine Zukunft zu gestalten, die auf Zusammenarbeit statt auf Militarisierung und Konfrontation basiert. Diese Bildungslücke droht, Gewaltkreisläufe zu reproduzieren, anstatt sie zu durchbrechen.“ (EPS: 9-10)

Die Friedensstrategie setzt sich mit Vielfalt auseinander, „anstatt ein einheitliches Sicherheitsmodell vorzuschreiben. Sie betont, dass alle europäischen Staaten – ob atomar bewaffnet, in einem Bündnis, neutral oder blockfrei – gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, das Völkerrecht zu wahren, eine Eskalation zu verhindern, Rüstungsrisiken zu verringern und zivile Friedensansätze zu stärken.“ (EPS: 10)

Prinzipien

Die Europäische Friedensstrategie wird von zehn Prinzipien geleitet, die den inhaltlichen Rahmen für die 42 friedenspolitischen Vorschläge bilden (EPS: 12–13).

1. Menschliche Sicherheit. „Bei der menschlichen Sicherheit stehen nicht die territoriale Verteidigung oder militärische Überlegenheit im



Vordergrund, sondern der Schutz der Menschen sowie die sozialen und demokratischen Bedingungen, die ein Leben in Würde ermöglichen: ihre körperliche Unversehrtheit, der Zugang zu Nahrungsmitteln und Gesundheitsversorgung, wirtschaftliche Existenzgrundlagen, politische Teilhabe, ökologische Integrität und sozialer Zusammenhalt.“ (EPS: 7)

2. Aktive Gewaltfreiheit. Der bewusste Einsatz moralischer, politischer und sozialer Mittel zur Überwindung von Ungerechtigkeit und ungerechten Strukturen steht im Fokus. Das Gegenüber wird weder entmenslicht noch geschädigt, sondern es wird kontinuierlicher Druck für Veränderung ausgeübt.

3. Ablehnung von Gewalt. Individuelle und kollektive Formen der Ablehnung von Gewalt werden aktiv unterstützt. Diese umfasst beispielsweise das Verbot zur Androhung oder Anwendung von Gewalt gemäß der UN-Charta oder das Recht auf Wehrdienstverweigerung.

4. Friedliche Konfliktbewältigung. In anhaltenden Konflikten sollen alle friedlichen Mittel ausgeschöpft werden. Dazu gehören Vermittlung, humanitäre Diplomatie, zivile Schutzbegleitung, gewaltfreier Widerstand oder auch inklusiv gestaltete Dialogprozesse.

5. Multilateralismus und Völkerrecht. Stärkung einer inklusiven Diplomatie, Einhaltung von Abrüstungsverträgen und Förderung einer robusten und gleichberechtigten internationalen Rechtsordnung zum Schutz der Menschen. Die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen ist unerlässlich.

6. Demokratie und Transparenz. Friedens- und sicherheitspolitische Entscheidungen unterliegen einer demokratischen Kontrolle, Transparenz und öffentlichen Überprüfung.

7. Zivilgesellschaft und Partizipation.

on. Die wesentliche Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Vermittlung von Frieden, Friedensforschung, Frühwarnung oder Friedenserziehung wird anerkannt.

8. Inklusiver, feministischer und barrierefreier Frieden. Im Einklang mit der Agenda der Vereinten Nationen zu Frauen, Frieden und Sicherheit (UNSCR 1325) und umfassenderen intersektionalen Friedensansätzen muss Sicherheit auf Fürsorge, Gerechtigkeit, Teilhabe und Barrierefreiheit ausgerichtet sein.

9. Post- und dekoloniale Perspektive. Anerkennung struktureller Machtungleichgewichte in globalen und europäischen Institutionen und Neubetrachtung des Sicherheitsbegriffs aus einer antirassistischen und dekolonialen Perspektive. Dies beinhaltet eine kritische und transformative Haltung zu asymmetrischen Handelsbeziehungen, ökonomischen Abhängigkeiten, Waffenexporten oder auch der Politik des Außengrenzschatzes.

10. Nexus Klima und Frieden. Das Verständnis der ökologischen Krise als Treiber und Risikomultiplikator von Konflikten und Unsicherheit sowie der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf die Umwelt findet sichtbaren Eingang in die Friedenspolitik.

42 Vorschläge

Die 42 Vorschläge der Europäischen Friedensstrategie verteilen sich auf sieben Themenbereiche:

I. Zivilgesellschaftliche Friedensinfrastruktur und gewaltfreie Konflikttransformation

II. Umfassende Abrüstung und Demilitarisierung

III. Migration und rechtsbasiertes Asyl

IV. Klimagerechtigkeit und Environmental Peacebuilding

V. Digitaler Frieden und Cybergerechtigkeit



VI. Wirtschaftliche Gerechtigkeit als ein Fundament für post- und dekoloniale Friedenspartnerschaften

VII. Partizipation, Transparenz und zivile Kontrolle

Je ein ausgewählter Vorschlag aus den sieben Themenbereichen soll im Folgenden verdeutlichen, wie breit die Strategie angelegt ist und welche konkreten politischen Schritte sie vorsieht.

1. Zivile Friedensinfrastruktur stärken: „Stärkung des Mandats und der Rolle lokaler und internationaler ziviler Expert*innen für Friedenskonsolidierung mit Schwerpunkt auf Frühwarnung, präventiven zivilen Maßnahmen, gegebenenfalls Mediation, Konflikttransformation, Wiederaufbau nach Konflikten, Unterstützung bei der Abrüstung sowie Projekten für einen inklusiven Dialog in enger Abstimmung mit der lokalen Bedarfsanalyse und lokalen Partnern.“ (EPS: 15)

2. Abrüstung vorantreiben: „Den Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) unterzeichnen und ratifizieren oder als ersten Schritt zumindest zur Erfüllung seiner positiven Verpflichtungen hinsichtlich Opferhilfe und Umweltsanierung beitragen.“

Autonome Waffensysteme auf nationaler Ebene verbieten und einen



verbindlichen internationalen Vertrag aktiv unterstützen, der eine sinnvolle menschliche Kontrolle über die Anwendung von Gewalt gewährleistet.“ (EPS: 19)

3. Migration menschenrechtsbasiert gestalten: „Militärische und paramilitärische Migrationsmaßnahmen einstellen und an den Außengrenzen wieder die uneingeschränkte Einhaltung internationaler Rechtsnormen gewährleisten.“

Den Zugang zu grundlegenden Menschenrechten – insbesondere zu Gesundheitsversorgung, Bildung, Wohnraum und Arbeit – unabhängig vom rechtlichen Status gewährleisten und klimabedingte Vertriebene offiziell anerkennen, indem Klimamobilität in Schutzkonzepten und Anpassungsplanung integriert wird.“ (EPS: 21)

4. Klima- und Friedenspolitik verbinden: „Ökologische Friedensförderung, Klimaanpassung und grenzüberschreitende Umweltzusammenarbeit in konfliktgefährdeten Gebieten ausbauen und finanzieren sowie sicherstellen, dass die Klimafinanzierung direkt die Gemeinden an vorderster Front erreicht, die am stärksten von Krisen und Vertreibung betroffen sind.“ (EPS: 23)

5. Digitalen Frieden fördern: „Initiierung und Unterstützung globaler Vertragsverhandlungen über Cyberfrieden und verbindliche Grenzen für KI bei den Vereinten Nationen und anderen multilateralen Foren sowie Gründung einer unabhängigen internationalen Organisation für KI-Governance, die den Auftrag hat, menschenrechtsbasierte und humanitäre Grenzen für die Entwicklung und den Einsatz von KI festzulegen, zu überwachen und durchzusetzen, einschließlich klarer roter Linien für Bereiche, in denen Entscheidungen weiterhin einem sinnvollen und rechenschaftspflichtigen menschlichen Urteil unterliegen müssen.“ (EPS: 26)

6. Koloniale Kontinuitäten aufarbeiten: „Die kolonialen Hinterlassenschaften sollen durch Wahrheitskommissionen und Wiedergutmachungsmaßnahmen, darunter Schuldenerlass, Landrückgabe und Gerechtigkeit im Bereich des geistigen Eigentums, aufgearbeitet werden. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung globaler Machtungleichgewichte sowie westlich geprägter Normen und Wissenssysteme.“ (EPS: 29)

7. Demokratische Beteiligung stärken: „Nationale Friedens- und Sicherheitsräte sind rechtlich als ständige Gremien mit verbindlichem Mitspracherecht einzurichten, in denen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft, der Jugend, von Menschen mit Behinderungen und marginalisierten Gruppen vertreten sind.“ (EPS: 31)

Dieser Auszug von Vorschlägen ist nicht als „Alles-oder-nichts“-Paket zu verstehen. Fortschritte in einem Bereich – ob beim Ausbau ziviler Kapazitäten, bei Abrüstung, bei demokratischer Kontrolle oder bei einer auf Gerechtigkeit ausgerichteten Politik – können auch Fortschritte in den anderen Bereichen politisch leichter umsetzbar machen.

Unterstützung

Die Europäische Friedensstrategie ist als Rahmen für eine aktive Friedenspolitik konzipiert. Ihre 42 Vorschläge zielen darauf ab, die Sicherheitspolitik von einer reaktiven Haltung hin zur Prävention zu verlagern – weg von militärischen Reaktionen hin zu zivilen und kooperativen Ansätzen.

Die Strategie wurde von den drei Autor*innen konzipiert, verfasst und eingehendes Feedback wurde koordiniert. Dieser Beitrag enthält Passagen aus der Strategie, die hier zum Teil auch wörtlich und indirekt wiedergegeben werden, ohne diese immer durch Zitate auszuweisen. Die von der englischen Originalfassung hier ins Deutsche übertragenen Zitate wurden mit Unterstützung von deepl übersetzt.

Das Projekt „Europäische Friedensstrategie“ wird von der Bertha-von-Suttner-Stiftung finanziell unterstützt.

Wer die Strategie oder auch Teile davon unterstützt – egal ob als Personen oder auch Institutionen – kann dies per E-Mail an marit.seyer@krcaustria.at oder unter europeanpeacestrategy.eu in dem dafür vorgesehenen Formular sehr gerne bekannt geben. Es geht um eine Entscheidung, wie die Strategie abschließend bemerkt: „Ob Spaltung und Militarisierung dauerhaft werden oder ob eine andere Zukunft weiterhin möglich bleibt.“

Thomas Roithner, Friedensforscher und Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund.

Marit Seyer, Gründerin und Obfrau der Campaign to Stop Killer Robots Austria.

Fabian Hämmerle, Vorstandsmitglied von ICAN Austria – Kampagne zur Abschaffung von Nuklearwaffen.

Webtipp:
europeanpeacestrategy.eu





Demonstration 10. Juni auf der Mariahilfer Straße Bild: IVB

Selbst aktiv werden gegen Kürzungspolitik und Sozialabbau

Das Bündnis Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau

von Axel Magnus

Herbst 2025, Wien: Im Sozialbereich drohen massive Kürzungen und der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze sowie von Angeboten für Menschen, die es ohnehin nicht leicht haben: Suchtkranke, Behinderte, Frauen, Jugendliche, zur Flucht Gezwungene und viele mehr. Viele Beschäftigte wollen sich das nicht gefallen lassen und schließen sich zusammen. Ein Bündnis entsteht und protestiert gegen die Budgetpolitik der Wiener Stadtregierung. Seither ist viel geschehen.

Zuerst mal ist das Bündnis gewachsen. Mittlerweile besteht dieses außerdem aus Einrichtungen aus dem Kulturbereich, gewerkschaftlichen Basisinitiativen, Betriebsräten, NGOs, linken Gruppen und Organisationen sowie auch solchen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung. Dann wurden ein öffentlicher Auftritt auf Facebook und Instagram sowie eine Website ins Leben geru-

fen. Und seither gab es weitere Proteste: gegen das Bundesbudget, aber auch zu einzelnen Themen wie etwa der Kürzung bzw. Streichung der Mindestsicherung für subsidiär Schutzberechtigte oder das Alkoholverbot im öffentlichen Raum rund um den Wiener Westbahnhof. Ebenso gab es eigene inhaltliche Veranstaltungen für Basisgewerkschafter*innen und Kooperationen bei Veranstaltungen von anderen, etwa im Rahmen des Klimacamps in Wien.

Daran zeigt sich, dass wir den Begriff Sozialabbau mittlerweile sehr breit interpretieren – über den engen Sinn des Wortes hinaus zu Kürzungen im Kulturbereich und zum Kampf gegen die Klimakatastrophe bis zu dringend notwendigen Widerstand gegen Aufrüstung und Krieg.

Derzeit arbeitet das Bündnis an einer österreichweiten Vernetzung mit Initiativen in den Bundeslän-

dern, die zu einem gemeinsamen Kampf für den Sozialstaat führt, den wir brauchen. Und wir planen im Herbst eine österreichweite Konferenz, auf der einerseits in der Tiefe analysiert werden soll, was es mit diesen Budgets auf unsere Kosten auf sich hat, und andererseits erarbeitet werden soll, wie der Widerstand dagegen breiter und koordiniert werden kann.

Warum überhaupt?

Die Bundesregierung hat sich einer Sanierung des Staatshaushalts durch Sparpolitik und Rückbau des Sozialstaats verschrieben, während gleichzeitig Abermilliarden für Aufrüstung verschwendet werden. Das Sparpaket von mindestens 54 Milliarden ist das größte der 2. Republik und wird erst der Anfang sein, wenn wir das nicht verhindern.

Die anhaltende Teuerung, zu niedrige Lohn- und Gehaltsabschlüsse sowie die steigende Arbeitslosigkeit



drücken zusätzlich massiv auf unsere Lebensverhältnisse. Rassismus, wie etwa das geplante Kopftuchverbot, Sündenbockpolitik und imperialistische Kriegsgelüste werden geschürt, um von den sozialen Angriffen abzulenken und uns zu spalten.

Kürzungen und Verschlechterungen im Pensions-, Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystem treffen uns ebenso wie Gebührenerhöhungen, Leistungskürzungen und Um- oder Ausgliederungen kommunaler Einrichtungen und Projekte sowie personelle Kahlschläge. Der Stabilitätspakt des Bundes nimmt die bereits unterfinanzierten Kommunen und Bundesländer noch stärker an die Kandare. Zugleich wird inmitten der Klimakrise im öffentlichen Verkehr gespart, während fossile Megaprojekte vorangetrieben werden.

Wie?

Bei regelmäßigen Plena ca. alle zwei Wochen werden die gemeinsamen Linien festgelegt und künftige Aktionen beschlossen. Die konkrete Arbeit erfolgt dann zumeist in Arbeitsgruppen. Dabei gelten folgende Prinzipien:

- ◇ Widerstand gegen alle Formen von Sozialkürzungen.
- ◇ Widerstand gegen schlechte Kollektivvertragsabschlüsse & Lohnraub. Solidarität mit kämpferischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.
- ◇ Widerstand gegen die Teuerung und Forderung nach effektiven Maßnahmen wie amtlichen Preisfestlegungen.
- ◇ Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegstreiberei. Wir sind ein antiimperialistisches Bündnis.
- ◇ Wir sind gegen Rassismus, Sexismus und alle sonstigen Formen von Unterdrückung.

Gleichzeitig hat unser Bündnis erkannt, dass 'nur' gegen etwas zu sein nicht reicht. Daher haben wir von Anfang an gesagt, wie der solidarische Staat, den wir brauchen, aus unserer Sicht finanziert werden kann.

Eine Reform der Grundsteuer, eine Vermögenssteuer ab einer Million Euro Nettovermögen, eine progressive Erbschaftssteuer, eine Rückkehr zur früheren Körperschaftssteuer sowie ein Solidarbeitrag für Spitzenverdiener*innen würden zusammen rund 17 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Einnahmen bringen. In Städten und Gemeinden ließe sich viel Geld über eine Erhöhung der Grundsteuer, Leerstands- und Zweitwohnsitzabgaben, Umwidmungszuschläge auf Grundstücksspekulation und Citymauten, sowie durch den Stopp sündteurer und unsozialer wie unökologischer Prestigeprojekte und Infrastrukturvorhaben lukrieren.

Budgetkritik

Aktuell beschäftigt sich das Bündnis vor allem mit dem Bundesbudget. Dieses verteilt um. Allerdings in die falsche Richtung. Es trifft über drei Viertel der Haushalte, während eine echte Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften, von Konzernprofiten und Spekulationsgewinnen sowie Übergewinnen noch immer ein Tabu ist.

Konkret kritisieren wir, dass die mikroskopische Erhöhung der Körperschaftssteuer ab einem Gewinn von einer Million um 1% viel zu gering ausfällt. Schließlich lag diese vor dem EU-Beitritt im Gegensatz zu den ab 2027 für diese Betriebe geltenden 24% noch bei 55%. Gleichzeitig werden die im Budget vorgesehenen Maßnahmen jeden Haushalt im Schnitt mit 277 Euro netto belasten. Die stärksten Einbußen gemessen am Einkommen werden ärmere Haushalte, Geringverdiener*innen und Menschen mit mittleren Einkommen erleiden.

Besonders dramatisch für Geringverdiener*innen ist, dass künftig wieder alle Beschäftigten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen müssen. Zwei Drittel der über 900.000 davon betroffenen Beschäftigten sind Frauen. Diese ohnehin schon in Niedriglohnssektoren, prekären Jobs und (Zwangs-)Teilzeitarbeitenden büßen bis zu 630 Euro im Jahr ein, was weitaus mehr ist als die Senkung der Mehrwertsteuer, die ja gerade sie entlasten sollte.

Zusätzlich gibt es durch die Kürzung der Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds ab 2028 noch eine versteckte Lohnkürzung. Mit rund 2 Milliarden Euro im Jahr ist diese der mit Abstand größte Einzelposten im Doppelbudget und noch ein weiteres Geschenk an die Unternehmen. Da eine Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise die Verlängerung der Bankenabgabe nur befristet ist, bedarf es ab 2029 neuer „Umschichtungen“ in Höhe von 600 Millionen Euro, um diese Erhöhung der Konzerngewinne auf unsere Kosten ausgleichen zu können, wenn nicht tatsächlich bei den Leistungen gekürzt werden soll.

Reichlich Geld fließt hingegen in Militär und Aufrüstung. Bis 2032 soll ein Militärbudget von über 12 Milliarden Euro pro Jahr erreicht werden. Schon 2027 wird dieses die Grenze von 5 Milliarden Euro überschreiten, was ein höherer Anteil am BIP ist als in den Hochphasen des Kalten Krieges. Die milliarden-schweren Sonderbudgets wie die 17 Milliarden für den „Aufbauplan 2032+“, die 4 Milliarden für die Anschaffung von Angriffswaffen in Form von Langstreckenraketen, Drohnen und neue Abfangjäger um weitere 10 Milliarden sind darin noch gar nicht enthalten. Der letztes Jahr verstorbene Papst Franziskus hat dazu kurz vor seinem Ableben gesagt: „Ich schäme mich für die Staaten, die die Militärausgaben auf zwei Prozent anheben, sie sind verrückt!“.



Abermals wird auch der Sozialhilfe zu Leibe gerückt. Nicht zuletzt offen rassistisch auf Kosten subsidiär Schutzberechtigter. Dabei macht der Anteil der Sozialhilfe am Budget gerade mal 0,44% aus. Wer Österreich kennt, weiß, dass Kürzungen bei Flüchtlingen später für alle umgesetzt werden.

Ganz nebenbei wird 2027 auch das gerade einmal 0,5% des Bundeshaushalts ausmachende Kulturbudget um 3,3% sinken, was vor allem die ohnehin prekär finanzierte freie Kulturszene treffen wird.

Das Doppelbudget 2027/28 ist außerdem ein klimapolitisches und ökologisches Desaster. Erneut sollen gerade in diesem Bereich enorme Einsparungen erfolgen, wie z.B. beim Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel etwa durch Einsparungen von 500 Millionen bei der ÖBB. Dabei ließen sich allein durch den Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen jährlich bis zu 5,7 Milliarden Euro an fossilen Fehlförderungen einsparen.

Fazit: Superreiche und Konzerne tragen letztlich nichts zur von ihnen selbst geforderten Sanierung des Staatshaushaltes bei. Tatsächlich müssen also im Gegensatz zu den schönen Sprüchen der Regierung nicht „alle ihren Beitrag zur Budgetsanierung leisten“. Wie vor diesem Hintergrund auch nur von einer „ausgewogenen“ oder gar „einigermaßen fairen“ Budgetkonsolidierung gesprochen werden kann, bleibt fraglich. Oder handelt es sich vielleicht gar schlicht und einfach um Fake News im Interesse des Kapitals?

Alternativen

Statt eines sozialen Kahlschlags braucht es in Wirklichkeit deutlich mehr Geld für Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, die Unterstützung von zur Flucht gezwungenen Menschen, Gewaltschutz, die ökologische Transformation der Wirt-



Bild: IVB

Demonstration 10. Juni auf der Mariahilfer Straße

schaft inklusive besserer Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen und vieles mehr.

Als Bündnis Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau treten wir daher für folgende Maßnahmen ein:

- ◇ ein Nullbudget für Aufrüstung
- ◇ den sofortigen Stopp unökologischer Verkehrsprojekte für den Individualverkehr und die Umwidmung der dafür vorgesehenen Mittel für einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs und dessen kontinuierliche Verbilligung bis er schließlich wie z.B. in Luxemburg gratis ist
- ◇ die Einführung einer progressiven Vermögens- und Erbschaftssteuer
- ◇ die Abschaffung des Steuerprivilegs für Kapitaleinkommen – diese wie z.B. Gewinne oder Einkommen aus Privatstiftungen müssen genauso wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden

- ◇ einen Krisenkonsolidierungsbeitrag für Spitzenverdiener*innen
- ◇ die vollständige Abschöpfung von Über- und Spekulationsgewinnen

Axel Magnus ist Sozialwissenschaftler und Gewerkschafter, langjähriger Betriebsrat und seit Jahrzehnten politisch aktiv – derzeit u.a. im Bündnis Solidarischer Widerstand gegen Sozialabbau

Mehr Infos unter <https://sowiso.at/>



Weniger Hilfe, mehr Krisen?

Folgen der Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit von Erwin Eder

Die internationale Entwicklungszusammenarbeit erlebt derzeit die größte Krise seit ihrem Bestehen. Zahlreiche Geberländer reduzieren ihre Budgets für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, während gleichzeitig Hunger, Konflikte und Klimakrisen weltweit zunehmen.

Historische Kürzungen bei wichtigen Gebern

Die USA waren bislang der größte bilaterale Geber von Geldern für Entwicklungszusammenarbeit weltweit. Nach dem Regierungswechsel Anfang 2025 wurden rund 83 Prozent der USAID-Programme eingestellt, wodurch eine Finanzierungslücke von etwa 60 Milliarden US-Dollar entstand.

Auch in Europa sind die Budgets unter Druck. Nach Angaben des europäischen NGO-Dachverbands CONCORD haben 2025 17 EU-Mitgliedsstaaten ihre Ausgaben gekürzt. Deutschland reduzierte beispielsweise den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) von 13,8 Mrd. Euro im Jahr 2022 kontinuierlich auf rund 10,3 Mrd Euro im Jahr 2025. Weitere Kürzungen werden aktuell verhandelt. Das Vereinigte Königreich kündigte 2025 an, seine öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis 2027 von 0,5 auf 0,3 Prozent des BNE zu senken. Besonders stark betroffen ist in vielen Ländern die Humanitäre Hilfe, da in diesem Bereich Kürzungen oft besonders schnell umgesetzt werden können.

Auch Österreich hat seine Beiträge seit 2024 um rund ein Viertel reduziert – und das ausgehend von einem ohnedies sehr niedrigen Ni-

veau. Mit einer ODA-Quote von rund 0,3 % des BNE (gegenüber der Selbstverpflichtung von 0,7 %) lag Österreich meist unter dem EU-Durchschnitt der Geberländer. Erfreulich ist, dass im Doppelbudget 2027/28 weitere Einschnitte verhindert werden konnten.

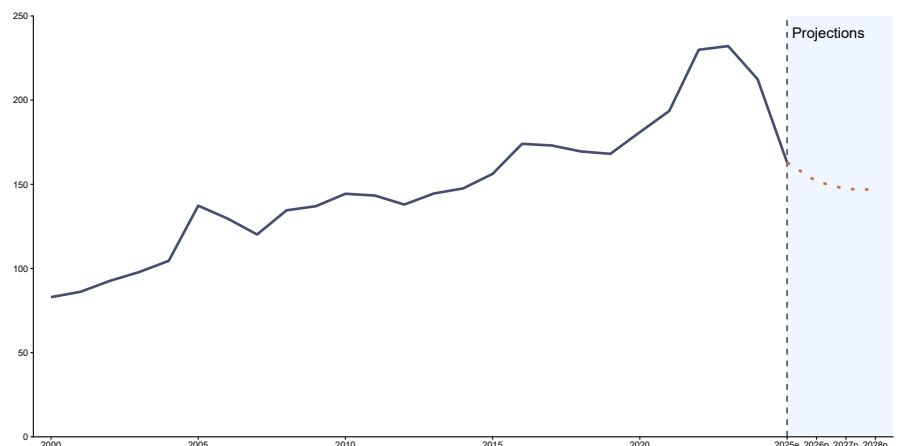
Die OECD erwartet als Folge der angekündigten Einschnitte einen Rückgang der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe um rund 40 % für die Periode 2023-26, siehe folgende Grafik. Besonders betroffen sind die ärmsten Länder, insbesondere Staaten in Subsahara-Afrika. Für Gesundheitsprogramme prognostiziert die OECD sogar einen Rückgang um bis zu 60 Prozent gegenüber dem Höchststand von 2022.

Kürzungen verschärfen Armut und Hunger

Die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe sind heute unbestritten. Die bislang umfassendste Analyse wurde 2025 in der renommierten Fach-

zeitschrift The Lancet veröffentlicht. Die Forscher*innen untersuchten Daten aus 133 Ländern über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten und analysierten die Wirkung von USAID-finanzierten Programmen auf Gesundheit und Sterblichkeit. [thelancet.com].

Die Ergebnisse sind bemerkenswert: Länder mit hoher USAID-Unterstützung verzeichneten eine um 15 Prozent niedrigere allgemeine Sterblichkeit und eine um 32 Prozent niedrigere Kindersterblichkeit. Nach Berechnungen der Autor*innen wurden zwischen 2001 und 2021 insgesamt rund 92 Millionen Todesfälle verhindert, darunter mehr als 30 Millionen Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren. Besonders deutlich waren die Auswirkungen bei einzelnen Krankheiten. Die Studie schreibt USAID-finanzierten Programmen eine Verringerung der HIV/AIDS-Sterblichkeit um 65 Prozent, der Malaria-Sterblichkeit um 51 Prozent und der Sterblichkeit durch vernachlässigte Tropenkrankheiten um 50 Prozent zu.



Nettobetrag der Öffentlichen Entwicklungsleistungen der DAC Mitgliedsländer, 2000-24 (offizielle Daten), 2025 (vorläufig) und 2026-28 (prognostiziert), in Mrd. USD, zu konstanten Preisen von 2024

Quelle: Full Report: ODA projections for 2026 and the near-term | OECD | Lizenz: CC BY 4.0



Auch Todesfälle durch Unterernährung, Durchfallerkrankungen, Tuberkulose und mütterliche Komplikationen gingen deutlich zurück.

Entsprechend alarmierender sind die Zukunftsprognosen der Autor*innen. Sollten die aktuellen Kürzungen bestehen bleiben, könnten bis 2030 weltweit mehr als 14 Millionen zusätzliche Todesfälle auftreten. Davon wären rund 4,5 Millionen Kinder unter fünf Jahren betroffen. Andere Modellrechnungen, die Anfang 2026 veröffentlicht wurden, kommen sogar auf bis zu 22 Millionen zusätzliche vermeidbare Todesfälle bis 2030, falls die großen Geberländer ihre Hilfsbudgets weiter reduzieren. Die Forscher*innen erwarten insbesondere steigende Todeszahlen durch Hunger, Infektionskrankheiten und fehlende Gesundheitsversorgung. [theguardian.com]

Auch in der konkreten Arbeit von horizont3000 sind die Folgen der Kürzungen bereits stark spürbar. Viele Partnerorganisationen in den afrikanischen und lateinamerikanischen Partnerländern von horizont3000 sind bereits enorm geschwächt und müssen ihre Beiträge zur Armutsbekämpfung zurückfahren oder ihre Tätigkeit überhaupt einstellen, obwohl der Bedarf kontinuierlich steigt.

Förderstopp für personelle EZA

Besonders dramatisch sind in Österreich die Kürzungen bei der humanitären Hilfe, im Bereich der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und in der personellen Entwicklungszusammenarbeit. Der Auslandskatastrophenfonds wurde von einem Höchststand 2022 von 109 Mio. Euro auf 35 Mio. Euro im Jahr 2026 gekürzt. Langjährige erfolgreiche entwicklungspolitische Bildungsprojekte wurden eingestellt und das von horizont3000 abgewickelte Programm der personellen EZA wird ab 2027 nicht mehr gefördert.

Kirche und Zivilgesellschaft sind in Österreich überproportional von den Kürzungen betroffen. Der Förderstopp für das Programm der personellen EZA ist in diesem Kontext besonders irritierend. Die personelle EZA ist ein eigenes Instrument, das in den Nachbarländern Schweiz und Deutschland breit aufgestellt ist und auch den Zivilen Friedensdienst umfasst. In Österreich gibt es ohnedies nur ein einziges Programm, das von horizont3000 abgewickelt wird, auf das jedoch alle zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zugreifen können. Zuletzt gab es auch Überlegungen und Pilotprojekte um das Programm in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Versöhnungsbund und anderen Akteur*innen in Richtung Friedensdienst zu erweitern, was angesichts zunehmender Konflikte sehr wichtig wäre. Irritierend ist, dass das Programm nicht gekürzt, sondern nun gleich ganz eingestellt wird, ohne dass eine Evaluierung des Instruments der personellen EZA durchgeführt worden ist.

Irritierend ist auch, dass gerade in einer Zeit, in der die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in Österreich gestärkt werden müsste (wie auch stets von ADA und BMEIA betont wird) um den Rückhalt der Bevölkerung für EZA und Humanitäre Hilfe zu stärken, mit der Kürzung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit und der personellen EZA wesentliche Pfeiler engagierter Inlandsarbeit geschwächt werden. Leider ist aus dem Blickfeld geraten, wie stark ehemalige Fachkräfte, die einige Jahre in Partnerländern tätig waren, an wichtigen Stellen der österreichischen Gesellschaft über Jahrzehnte solidarische Gesinnung und Engagement prägen.

Für besonders betroffene Organisationen wie horizont3000 bedeuten die Kürzungen auch dramatische Einschnitte in der Organisation mit dem Verlust langjährig auf-

gebauter Strukturen und Kompetenzen. So muss horizont3000 mehr als ein Drittel des Personals abbauen, das Landesbüro in Mosambik schließen und das Büro in Zentralamerika stark reduzieren um ihre Tätigkeit fortführen zu können.

Warum Europa die Folgen spüren wird

Die Konsequenzen treffen nicht nur die Empfängerländer. Entwicklungszusammenarbeit gilt seit langem als Instrument zur Stabilisierung fragiler Staaten. Wenn Gesundheits-, Bildungs- und Ernährungsprogramme wegbrechen, steigen Armut, politische Instabilität und die Wahrscheinlichkeit von Konflikten.

Für Europa ergeben sich daraus mehrere Risiken. Erstens können Hungerkrisen und Konflikte zusätzliche Flucht- und Migrationsbewegungen auslösen. Zweitens erhöhen sich Sicherheitsrisiken durch die Destabilisierung fragiler Regionen. Drittens verlieren europäische Staaten politischen Einfluss in Afrika, Asien und Lateinamerika, während andere Akteure wie China, die Golfstaaten oder regionale Mächte ihren Einfluss ausbauen.

Hinzu kommen wirtschaftliche Folgen. Entwicklungszusammenarbeit stärkt Märkte, Infrastruktur und Kaufkraft in Partnerländern. Werden diese Fortschritte rückgängig gemacht, schwächt dies auch europäische Unternehmen. Zudem steigen die Kosten späterer Krisenreaktionen meist deutlich über jene Mittel hinaus, die vorbeugend für Entwicklung und Armutsbekämpfung eingesetzt worden wären. EZA-Kürzungen werden so mittelfristig zu einem Bumerang, den wir alle zu spüren bekommen werden.

Erwin Eder ist Geschäftsführer bei horizont3000

Info unter: www.horizont3000.org





Kräfte bündeln und Widerstand leisten

Interview mit Martha Irene Vasquez Rivera und Germán Graciano Posso

Im Juni besuchten Martha Irene Vasquez Rivera und Germán Graciano Posso, Mitglieder der Friedensgemeinschaft San José de Apartadó/Kolumbien, im Rahmen ihrer Europatour auch Oberösterreich und Wien, wo sie in öffentlichen Veranstaltungen und Treffen mit Politiker*innen über die Situation der Friedensgemeinschaft berichteten. Wir nutzten die Gelegenheit für ein Interview.

Die Friedensgemeinde gründet sich auf Ideen der Neutralität, der Gewaltfreiheit, der Ablehnung von Hass. Darüber hinaus habt ihr aber auch breiter definiert, was für euch wichtig ist: Der Schutz der Natur, die Gemeinschaft, das Arbeiten als Kollektiv. Könnt ihr diese gemeinsamen Grundlagen beschreiben?

Wir sind Bäuerinnen und Bauern, die vertrieben wurden, sich aber entschieden haben, in der Region zu bleiben. Dabei haben wir verstanden, dass der Schutz der Umwelt die Grundlage für das Leben in diesem Gebiet ist. Es geht nicht nur um unser eigenes Leben als Menschen. Es geht auch um die vielen Tiere und Pflanzen, die hier ihren Lebensraum haben und für das ökologische Gleichgewicht unverzichtbar sind. Deshalb schützen wir die Natur und besonders das Wasser, denn Wasser ist die Grundlage allen Lebens.

All das ist Teil unseres gemeinsamen Friedensaufbaus. Wir glauben daran, dass eine andere Welt und eine andere Gesellschaft möglich sind – eine Gesellschaft, in der das Recht auf Leben und das Recht auf Land an erster Stelle stehen und in der das Leben in Gemeinschaft wieder einen hohen Stellenwert hat.

Unsere Erfahrung zeigt, dass echter Frieden aus Souveränität, kultureller Identität und dem Respekt vor dem Leben entsteht. Trotz vieler Menschenrechtsverletzungen ist es unserer Gemeinschaft gelungen, in einem kleinen Gebiet eine Form kultureller Souveränität aufzubauen, die auf der Liebe zum Leben basiert. Deshalb gibt es bei uns keinen Platz für Hass.

Wir haben Schritt für Schritt nach einem gemeinsamen Weg gesucht. Dabei haben wir erkannt, was unserer Gemeinschaft guttut und was ihr schadet, was uns stärkt und beim Aufbau hilft und was uns eher zurückwirft. Aus diesem Prozess heraus sind nach und nach unsere Regeln und Grundsätze entstanden – die Prinzipien, nach denen wir bis heute als Gemeinschaft leben. Sie haben sich aus unseren Erfahrungen entwickelt und aus den Herausforderungen, denen wir auf unserem gemeinsamen Weg begegnet sind.

Diese Grundsätze helfen uns, unsere Autonomie zu bewahren. Wir wollen nicht zulassen, dass bewaffnete Gruppen oder andere äußere Akteure zu uns kommen und uns vorschreiben, wie wir leben oder arbeiten sollen – was erlaubt ist und was nicht. Stattdessen wollen wir selbst über unser Zusammenleben entscheiden.



Welche Mechanismen habt ihr, um eure Mitglieder vor Gewalt zu schützen? Wie geht ihr damit um, dass der eigene Gewaltverzicht nicht prinzipiell vor Gewalt schützt?

Unsere wichtigste Form des Schutzes ist das, was wir selbst füreinander tun. Wir passen gegenseitig aufeinander auf. Wenn wir auf die Felder gehen, tun wir das möglichst in Gruppen. Wenn internationale Begleiter*innen bei uns sind, besuchen wir gemeinsam die verschiedenen Siedlungen. Und wenn gerade keine internationale Begleitung da ist, achten wir besonders darauf, nicht allein unterwegs zu sein, weil die Bedrohungen nach wie vor bestehen. So können wir gemeinsam säen, unsere Felder bestellen und gleichzeitig die Erinnerungsorte in den verschiedenen Siedlungen pflegen und schützen.

Außerdem haben wir unsere Grundstücke klar gekennzeichnet. An den Eingängen stehen Schilder mit dem Logo der Gemeinschaft, unseren Grundsätzen und dem Hinweis, dass es sich um Privatbesitz der Gemeinschaft handelt. Damit machen wir deutlich, dass niemand das Gelände einfach betreten kann.

Ich glaube, eine der wichtigsten Grundlagen unserer Gemeinschaft sind unsere Prinzipien und Regeln. Sie geben uns Orientierung. Deshalb ist die politische und ethische Bildung ein fester Bestandteil unseres Alltags. Besonders wichtig ist diese Arbeit für die jungen Menschen. Sie wachsen in einer Region auf, in der bewaffnete Gruppen ständig versuchen, Einfluss auf Jugendliche zu gewinnen und sie für ihre Interessen zu rekrutieren.

Welchen Unterschied macht die internationale Begleitung?

Internationale Begleitung spielt eine sehr wichtige Rolle. Sie schafft Aufmerksamkeit und erzeugt ein Echo auf internationaler Ebene. Besonders die Begleitung direkt vor Ort in der Gemeinschaft ist für uns von großer Bedeutung.

Ein Grund, warum wir diese Reise machen, ist sichtbar zu machen, was derzeit in Kolumbien und insbesondere in der Friedensgemeinschaft von San José de Apartadó geschieht. Wir wollen auf die Bedrohungen aufmerksam machen, denen die Gemeinschaft ausgesetzt ist: die Gefahr von Massakern, gezielten Morden und Vertreibungen im Rahmen von Plänen, die darauf abzielen könnten, die Gemeinschaft zu zerstören.

Die Gefahr ist weiterhin real. Wenn beispielsweise die paramilitärische Armee EGC Erklärungen mit Morddro-

hungen gegen Mitarbeiter*innen der Nationalen Landagentur und der Landrückgabebehörde veröffentlicht, sehen wir darin ein Warnsignal.

Wie beurteilt ihr die neue Regierung und ihre Haltung zum Friedensabkommen von 2016?

Wir befürchten, dass sich die politische Ausrichtung deutlich verändern wird. Bereits im Wahlkampf wurde angekündigt, die bisherige Politik des „Totalen Friedens“ nicht fortzuführen. Sie wurde kritisiert mit dem Argument, sie komme bewaffneten Gruppen entgegen und könne den Konflikt nicht lösen.

Auch nach Gesprächen mit Vertreter*innen der kolumbianischen Diplomatie ist unser Eindruck, dass die neue Regierung den bisherigen Verhandlungsansatz gegenüber bewaffneten Gruppen nicht fortsetzen wird. Deshalb rechnen wir damit, dass die Gewalt in vielen Regionen wieder zunehmen könnte. Wir befürchten außerdem, dass bereits erreichte Fortschritte überprüft oder sogar rückgängig gemacht werden könnten.

Sollte dieser Kurs tatsächlich eingeschlagen werden, könnte das erhebliche Auswirkungen auf die Menschen in den Konfliktregionen haben. Unsere Sorge ist, dass dadurch der Druck auf die ländlichen Regionen weiter zunimmt. Gerade dort, wo verschiedene bewaffnete Gruppen präsent sind und wirtschaftliche Interessen – etwa im Zusammenhang mit dem Drogenhandel oder der Kontrolle von Territorien – eine Rolle spielen, könnte sich die Situation weiter verschärfen.

Welche Art von Entwicklung stellt ihr euch für die Region Urabá vor?

Wir setzen auf eine kleinräumige Agrarreform und auf das Recht, dauerhaft in unserem Gebiet leben zu können. Unser Ziel ist es, dieses Territorium in der Serranía de Abibe zu schützen. Es ist eine Region mit fruchtbaren Böden, großem Wasserreichtum und zahlreichen natürlichen Ressourcen. Genau deshalb ist das Gebiet aber auch ständig von wirtschaftlichen Interessen bedroht. Wenn multinationale Unternehmen mit dem Ziel kommen, diese Ressourcen auszubeuten, bleibt am Ende ein zerstörtes Land zurück. Damit würde auch das verloren gehen, was wir als bäuerliche Gemeinschaft über viele Jahre aufgebaut haben.

Wir wünschen uns, dass die Übereinkunft über eine gütliche Einigung umgesetzt wird und auch unter einer neuen Regierung Bestand hat.⁽¹⁾ Ein weiterer zentraler Punkt ist unsere landwirtschaftliche Arbeit. Wir möchten weiterhin Bio-Kakao im Rahmen des Fairen Handels produzieren und vermarkten können. Kakao ist eine der

(1) Die Übereinkunft über eine gütliche Einigung wurde mit der aktuellen Regierung unter Präsident Petro im Dezember 2024 unterzeichnet. Im Wesentlichen umfasst sie 16 Punkte für Schutzmaßnahmen und eine kollektive Wiedergutmachung, u.a. Gerechtigkeit, Gesundheitsversorgung und Bildung.



wichtigsten Einkommensquellen für die Familien der Friedensgemeinschaft. Genauso wichtig ist für uns das Recht auf Land. Wir wollen das Land, das wir bewirtschaften, dauerhaft besitzen und dort weiterhin das anbauen können, was zu unserer bäuerlichen Kultur gehört: Reis, Mais, Bohnen, Maniok, Kochbananen, Obst und Zuckerrohr. Aus dem biologisch angebauten Zuckerrohr gewinnen wir unter anderem Sirup für die Familien, für das Gemeinschaftsrestaurant in La Holandita und für die Schule, in der wir unser eigenes Bildungsprojekt verwirklichen. Für uns bedeutet Entwicklung deshalb vor allem, dauerhaft und in Würde auf unserem eigenen Land leben zu können.

Was stärkt euch als Gemeinschaft? Gibt es Symbole, Aufgaben, Feste, die euren Weg begleiten?

Ich glaube, unsere größte Stärke ist, dass wir überhaupt eine Gemeinschaft sind. Gerade darin liegt unsere Kraft. In der Region erleben wir immer wieder, dass Menschen bedroht werden. Dann haben sie oft nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie beugen sich aus Angst denjenigen, die dort Macht ausüben, oder sie verlassen die Region. Als Einzelne können sie sich kaum wehren.

Bei uns ist das anders. Wir handeln gemeinsam, als Kollektiv. Das gibt uns Kraft und macht uns widerstandsfähiger. Eine weitere wichtige Stärke ist die internationale Solidarität. Die Unterstützung von Menschen und Organisationen aus anderen Ländern gibt uns Hoffnung und zeigt uns, dass wir mit unserem Einsatz nicht allein sind.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil unseres gemeinschaftlichen Lebens ist das Gedenken. An verschiedenen Orten und zu bestimmten Jahrestagen erinnern wir an die Menschen aus unserer Gemeinschaft, die ermordet wurden. Ein besonders wichtiger Tag ist der 23. März, der Geburtstag unserer Gemeinschaft. An diesem Tag unternehmen wir Wanderungen zu den umliegenden Dörfern. Das ist einerseits ein Fest des Lebens. Gleichzeitig ist es aber auch ein Tag der Trauer, weil wir an all jene denken, die heute nicht mehr bei uns sind, weil sie ermordet wurden. Trotzdem haben sie uns etwas hinterlassen: ihr Beispiel, ihre Werte und ihr Vermächtnis.

Gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten wir in den Bereichen Tanz, Musik, Theater und Kunsthandwerk. Das ist für uns von großer Bedeutung. Kultur hilft uns, die Trauer über die vielen Verluste zu verarbeiten. Gleichzeitig gibt sie uns die Möglichkeit, unsere Freude über das zu zeigen, was wir gemeinsam erreicht haben. Denn wir haben sehr schwere Zeiten erlebt. Es gab Momente, in denen wir dachten, wir würden es nicht schaffen. Aber wir sind immer wieder aufgestanden und haben weitergemacht. Allein die Tatsache, dass unsere Gemeinschaft bis heute besteht, ist für uns ein großer Erfolg.

Gibt/gab es von eurer Seite Versuche Überzeugungsarbeit bei Angehörigen der bewaffneten Gruppen zu leisten?

Die Friedensgemeinschaft war von Anfang an vor allem ein Bildungsprojekt. Sie hat den Menschen einen anderen Weg aufgezeigt und gleichzeitig eine Botschaft an alle bewaffneten Akteure gesendet – egal, ob sie staatlich oder nichtstaatlich waren. Unsere Botschaft lautete: Es gibt einen anderen Weg als die Gewalt.

Für viele Menschen wurde die Friedensgemeinschaft zu einem Ort der Zuflucht. Sie suchten Schutz vor der Gewalt und fanden bei uns einen Ort, an dem sie bleiben konnten. Gerade dadurch entstand eine starke Wirkung. Viele Jugendliche und Erwachsene, die vielleicht darüber nachdachten, sich einer bewaffneten Gruppe anzuschließen, entschieden sich stattdessen dafür, in der Gemeinschaft zu bleiben. Sie erkannten, dass dieser Krieg keine Gewinner hervorbringen würde. Wir glauben, dass unsere Gemeinschaft auf diese Weise dazu beigetragen hat, die Gewalt einzudämmen. Wir haben als Gemeinschaft entschieden, dass unsere Jugendlichen keinen Militärdienst leisten und sich keiner bewaffneten Gruppe anschließen. Das ist Ausdruck unserer Souveränität und unseres Verständnisses von Frieden.

Welche Ratschläge habt ihr für Menschen, die sich in Gewaltsituationen befinden, oder sich auf potenzielle Angriffe vorbereiten und gewaltfreien Widerstand aufbauen wollen?

Unsere Erfahrung zeigt, dass Frieden nur gemeinsam entstehen kann. Es geht darum, die Kräfte aller zu bündeln und gemeinsam Widerstand zu leisten. Der Schmerz, den wir erleben, darf uns nicht dazu bringen, Hass zu entwickeln oder zu den Waffen zu greifen. Er sollte uns vielmehr dazu motivieren, eine menschlichere Gesellschaft aufzubauen.

Wir hoffen, dass überall – in Kolumbien ebenso wie in Europa – ein starkes gesellschaftliches Netzwerk entsteht, das sich für den Schutz des Lebens, der Menschenrechte und der Demokratie einsetzt. Deshalb richtet sich unsere Botschaft an alle Menschen, die nach friedlichen Alternativen suchen: Wir müssen uns von der Logik der Waffen lösen und stattdessen auf Zusammenarbeit, Solidarität und gegenseitigen Respekt setzen. Das ist die Botschaft, die wir als Friedensgemeinschaft weitergeben möchten.

Das Interview wurde während des Besuchs von **Martha Irene Vasquez Rivera** und **Germán Graciano Posso** im Juni 2026 in Österreich auf Spanisch geführt.

Übersetzt und zusammengefasst von Irmgard Ehrenberger, unterstützt durch Übersetzungssoftware und KI





Bild: Pasha Kogan

Tamar Alon und Suhair Ghanem

Gemeinschaft über Grenzen hinaus: Ein anderes Gesicht der Menschlichkeit

Bericht zum Vortrag der „Combatants for Peace“ von Lucia Hämmerle

„**Accountability and Reconciliation**“ lautete das Thema des vierten und letzten Symposiums der Reihe „Common Ground – Deconstructing Walls: Ein palästinensisch-israelischer Dialog“. Es wurde vom Künstler*innenkollektiv One State Embassy im Rahmen der Initiative „Standing Together Vienna“ veranstaltet und fand Ende Juni an der Akademie der bildenden Künste in Wien statt.⁽¹⁾

In diesem Rahmen wurden einige der schwierigsten Fragen im palästinensisch-israelischen Kontext angesprochen: Wie sieht Rechenschaftspflicht in der Praxis aus? Wie kann sie durchgesetzt werden? Und welche Voraussetzungen sind für eine bedeutsame Versöhnung notwendig? Künstler*innen und Referent*innen waren eingeladen, ihre Ansätze vorzustellen und ihre Geschichten zu erzählen. Unter ihnen waren Suhair Ghanem und Tamar Alon von „Combatants for Peace“ (CfP), einer Organisation, die seit 2006 ehemalige Kämpfer*innen –

Israelis und Palästinenser*innen – zusammenbringt, um gemeinsam gegen die Besatzung Widerstand zu leisten und eine Zukunft für alle aufzubauen. Am ersten Tag des Symposiums erhielten die Teilnehmer*innen durch den Film „There is another way“⁽²⁾ bereits einen Einblick in die Arbeit und die Herausforderungen, denen sich die Aktivist*innen stellen müssen. Er zeigt Verzweiflung und die eskalierende Gewalt vom 7. Oktober 2023 wie auch während des Kriegs und Genozids im Gazastreifen und konzentriert sich dabei auf die Auswirkungen, die diese Gräueltaten auf die Organisation und ihre Mitglieder hatten.

In ähnlicher Weise bezogen sich Suhair Ghanem und Tamar Alon in ihrem Vortrag auf ihre persönlichen Überzeugungen und ihren Weg hin zum gemeinsamen Widerstand. Ihre erlebten Erfahrungen mit Gewalt, Verlust und moralischen Herausforderungen führten beide zu demselben Engagement: gewalt-

freiem Widerstand und gemeinsamem Aktivismus.

„Mein Weg führte mich von der Angst zur Neugier, vom Verlust zur Verbundenheit“

Als sie acht Jahre alt war, lernte Suhair Ghanem, dass eine Flagge als so gefährlich angesehen werden kann, dass sie eine militärische Intervention auslöst. Ihre ältere Schwester, eines von sechs Kindern der Familie, hatte Freundschaftsbänder in den Farben der palästinensischen Flagge geknüpft und ihren Freund*innen in der Schule geschenkt, was dazu führte, dass Soldat*innen bei ihnen zu Hause in Beit Sahour nahe Bethlehem auftauchten. Als Kind fiel es ihr schwer zu verstehen, wie etwas so Einfaches wie eine Flagge bewaffnete Soldat*innen dazu bringen konnte, das Haus einer Familie zu stürmen. Was ihr besonders in Erinnerung blieb, war die Angst in den Gesichtern ihrer Eltern.

(1) Vorträge und Diskussionen auf dem Instagram-Account von „Standing Together Vienna“: <https://www.instagram.com/standing.together.vienna/>

(2) <https://thereisanotherwayfilm.com/>

Eine weiteres prägendes Ereignis war der Tod ihres 14-jährigen Cousins, der getötet wurde, als er lediglich an einem Gebäude vorbeiging, während israelische Soldaten „scherzhaft“ darüber diskutierten, ob sie einen großen Stein werfen könnten, der ihn am Ende traf. In diesem jungen Alter verstand Suhair nicht, warum so etwas geschieht. Warum er? Warum gerade jetzt?

Suhair durchlebte auch die erste Intifada und erinnerte sich an das Chaos, das herrschte: die Soldat*innen, Militärjeeps in der ganzen Nachbarschaft, Buben und Mädchen, die überall herumrannten, Steine auf die Militärjeeps warfen und versuchten, die Straße mit allem zu blockieren, was sie finden konnten.

Doch das waren nicht die einzigen Bilder und Stimmen aus Suhairs Kindheit. Was sie bis heute begleitet, ist die eindringliche Stimme ihrer Großmutter. Jeden Sonntag nahm ihre Großmutter an friedlichen, gewaltfreien Demonstrationen teil und trug dabei ein Schild mit dem einfachen Schriftzug „Frieden“. Sie bestand darauf, dass ihre Enkelkinder sie zu diesen öffentlichen Aktionen begleiteten. Ihr Wunsch für die Zukunft bezog sich nicht nur auf ihre eigene Familie, sondern war die Sehnsucht nach kollektiver Befreiung für alle – auch wenn sie es damals nicht genau so formulierte.

Die Teilnahme an diesen Demonstrationen machte Suhair zum ersten Mal bewusst, dass man etwas tun kann – gewaltfrei, aber entschlossen für die eigenen Rechte eintreten und einfordern, dass Beschlüsse auch eingehalten werden. Es war ihre erste Begegnung mit dem, was später zum Motto der Combatants for Peace werden sollte: „Es gibt einen anderen Weg“.

Diese Überzeugung begleitete sie auch weiterhin in ihrem Leben. Durch ihre Arbeit als Reiseleiterin in

der Tourismusbranche kam sie zum ersten Mal mit Israelis ins Gespräch. Anfangs war jede Begegnung von Misstrauen überschattet; hinter jedem Gesicht suchte sie das Gesicht eines Soldaten. Stattdessen lernte sie bei ihrer Arbeit Iso kennen, einen Israeli, der sich ebenfalls gegen die Besatzung aussprach und sich danach sehnte, dass die Palästinenser*innen in Freiheit leben können. Diese Begegnung veränderte etwas in ihr – eine kleine Veränderung in ihrem Weltbild. Jahre später hörte sie von den CfP – einer Bewegung, die ehemalige israelische Soldat*innen und ehemalige palästinensische Kämpfer zusammenbringt, die sich zur Gewaltfreiheit bekennen – und beschloss, sich an ihren Aktivitäten zu beteiligen.

Eine ihrer ersten Erfahrungen mit der Organisation war die Teilnahme an einem „Freedom March“ in Beit Jala zusammen mit vielen Aktivist*innen aus Palästina und Israel. Es war eine friedliche, gewaltfreie Demonstration, bei der Seite an Seite ein Ende der Besatzung gefordert und der Wunsch bekräftigt wurde, in Frieden und Würde zusammenzuleben. Suhair erzählte, dass sie einen israelischen Aktivist in der Demonstration sah, der unermüdlich hin und her rannte, dafür sorgte, dass die Menschen genug Wasser hatten, und sich um die Logistik kümmerte. Das führte zu ihrer Erkenntnis, dass Israelis tatsächlich vor Ort waren, sich aktiv engagierten und alles taten, was sie konnten, um gemeinsam bei diesem Protest gegen ihre eigene Regierung zu kämpfen. Diese Erkenntnis veränderte erneut etwas in ihr – diesmal sogar ziemlich viel.

Suhair stieß mit ihren Aktivitäten anfangs auf Widerstand in ihrem Umfeld. Im Laufe der Zeit jedoch, als die Menschen, die ihr nahestanden, die Aktivitäten der Organisation miterlebten – ihre Solidaritätskampagnen, Schutzbegleitungsinitiativen und gemeinsamen Aktivis-

mus –, begannen immer mehr von ihnen, ihre Entscheidung zu verstehen.

„Ich selbst kann kein Opfer sein, und ich kann andere Menschen nicht zu Opfern machen.“

Tamars Bericht darüber, wie sie ihren Weg zum Aktivismus fand, beleuchtete die Herausforderungen, die mit einer radikalen Neuordnung des vorherrschenden Narrativs in der eigenen Gesellschaft verbunden sind, aber auch die persönlichen Konsequenzen, die die eigenen Überzeugungen nach sich ziehen können.

Um zu erklären, wer sie selbst ist, erzählte sie die Geschichte ihrer Familie. Einer ihrer Großväter war 1933 vor dem Nationalsozialismus aus Deutschland geflohen und anschließend an den Ereignissen rund um die Nakba im Jahr 1948 beteiligt. Prägende Erfahrungen, die ihre Eltern durchlebten, führten dann aber dazu, dass ihr Vater einer der Mitbegründer der CfP wurde. Darum war Tamar zu Hause von israelischen und palästinensischen Aktivist*innen umgeben; sie wuchs in der Gemeinschaft der CfP auf. Außerhalb besuchte sie jedoch ganz normale israelische Schulen und nahm an Jugendgruppen teil, die den Status quo niemals in Frage stellten. Es gelang ihr nie wirklich, diese beiden sehr unterschiedlichen Ansätze in ihrem Kopf miteinander in Einklang zu bringen.

Eines Tages wurde sie – wie jeder Teenager in Israel – dazu aufgefordert, sich der militärischen Eignungsprüfung zu unterziehen, um festzustellen, welche Position sie während des Wehrdienstes übernehmen könnte. Sie nahm an Vorstellungsgesprächen, Eignungstests und Rekrutierungsbewertungen teil und zog verschiedene militärische Aufgaben in Betracht, darunter ein Ausbildungsprogramm der Luftwaffe an einem Militärinternat und einen Posten bei einer Einheit des Geheimdienstes. Als sie je-



doch mit der Frage konfrontiert wurde, ob sie diesen Weg einschlagen wolle, wurde ihr immer wieder bewusst, dass dies zu sehr mit ihren Überzeugungen kollidierte und zu „schrecklich“ war, um überhaupt in Betracht gezogen zu werden.

Der entscheidende Moment kam während der „Joint Memorial Ceremony“ der CfP im Jahr 2016. Zwei Männer standen gemeinsam auf der Bühne: ein Israeli und ein Palästinenser, die beide eine Schwester im Konflikt verloren hatten – der eine bei einem Bombenanschlag in Jerusalem 1997, der andere durch einen Kopfschuss 2007. Beide betonten, dass sie die Mörder ihrer Schwestern als Opfer des Systems, als Opfer der Unterdrückung betrachteten. Dadurch wurde Tamar klar, dass sie einfach nicht zur Armee gehen konnte. Sie weigerte sich selbst zum Opfer zu werden, und andere Menschen zu Opfern zu machen.

Die Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, hatte jedoch weitreichende Konsequenzen. Zwar gibt es die Möglichkeit, den Dienst aufgrund medizinischer oder religiöser Gründe zu verweigern, doch Tamar wollte, dass ihre Verweigerung ein politisches Statement und ein Akt des Aktivismus war. Nachdem sie sich mit einer anderen Wehrdienstverweigererin, Tair Kaminer, beraten hatte, schloss sie sich „Mesarvot“ an – einem Netzwerk, das Kriegsdienstverweigerer*innen unterstützt. Außerdem traf sie eine weitere junge Frau, die zur gleichen Zeit verweigern wollte. Als die beiden die Aufforderung bekamen sich bei der Einberufungsstelle zu melden, wurden sie von Unterstützer*innen begleitet, die vor dem Gebäude eine Demonstration abhielten.

Nachdem sie ihre Verweigerung kundgetan hatten, wurden sie zu einer mehrtägigen Haftstrafe verurteilt, nur um anschließend wieder zur Einberufungsstelle zurückge-

bracht zu werden, wo sie erneut verweigerten. Dieser Kreislauf wiederholte sich eine Zeit lang: Tamar verbrachte insgesamt 130 Tage im Gefängnis, bevor sie wegen „schwerwiegenden und schlechten Verhaltens“ vom Militärdienst entlassen wurde. Sie leistete stattdessen zwei Jahre Zivildienst, zunächst in einem Frauenhaus und dann in einer Einrichtung für gefährdete Jugendliche. Die Verweigerung des Militärdienstes, erklärte sie während der Diskussion am Symposium, sei in Israel nach wie vor selten, und die Dauer der Haftstrafen habe seit dem Genozid im Gazastreifen zugenommen.

Tamar setzte ihr Engagement nach ihrer Haft fort. 2021 schloss sie sich einem Projekt zur Schutzpräsenz in Masafer Yatta an, bei dem israelische Aktivist*innen palästinensische Gemeinschaften begleiten, die militärischer Gewalt, Siedlergewalt sowie Hauszerstörungen ausgesetzt sind. Die Gruppe lebte vier Monate lang in drei verschiedenen palästinensischen Dörfern, und bis heute beschreibt Tamar die erste Woche dort als eine der schrecklichsten Wochen ihres Lebens, und dass sie die Gewalt gegen die Palästinenser*innen, die sie in dieser Zeit erlebte, immer noch körperlich spürt: groß angelegte Abrissaktionen, Tränengas und Granaten, dass ihr Gastgeber eines Tages einfach mitgenommen wurde, Siedler*innen, die Steine auf das Dorf warfen. Diese Erlebnisse sind fünf Jahre her, und seitdem hat sich die Lage noch weiter verschärft.

Zu sehen, wie Familien ihre Häuser verloren und Gemeinschaften unter ständiger Bedrohung lebten, lehrte sie Bedeutendes über Gegenwart und Geschichte: das, was im Westjordanland geschieht, ist Teil der langen Geschichte der andauernden Nakba. Was die Siedler*innen in Masafer Yatta taten, ähnelt dem, was ihre Großeltern im Jahr 1948 getan hatten. Die Erkenntnis, dass dies Teil desselben Systems, der-

selben Geschichte ist, ist etwas, das man nicht mehr los wird.

Zusammen Gedenken als gemeinsamer Widerstand: Die Joint Nakba-Ceremony

Heute arbeiten Suhair und Tamar gemeinsam an der gemeinsamen Nakba-Gedenkfeier von CfP mit, einer jährlichen Veranstaltung, die Palästinenser*innen und Israelis zusammenbringt, um der Nakba zu gedenken – jenem Ereignis im Jahr 1948, als mehr als 700.000 Palästinenser*innen gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben wurden, zu Flüchtlingen wurden und miterleben mussten, wie ihre Dörfer und Städte zerstört wurden.

Ein wichtiger Aspekt dieser Gedenkfeier ist, dass sie zwar ein gemeinsames Unterfangen ist, jedoch von Palästinenser*innen geleitet wird. Dies prägt die Art und Weise, wie über die furchtbaren Ereignisse gesprochen wird, wie der Schmerz gezeigt wird und wie palästinensische Narrative in den Mittelpunkt gerückt werden – Erzählungen, die allzu oft vernachlässigt oder offen gelehnt und ignoriert werden.

In vielerlei Hinsicht verkörpert die gemeinsame Nakba-Gedenkfeier auch das zentrale Thema des Symposiums: Accountability und Reconciliation. Anstatt Rechenschaftspflicht als abstraktes politisches Konzept zu behandeln, wird sie hier durch Anerkennung, geteilte Verantwortung und die Bereitschaft, den Narrativen der anderen zuzuhören, in die Praxis umgesetzt. Wie die Geschichten von Suhair und Tamar zeigen, gibt es Wege, die zur Bereitschaft führen, zusammenzuarbeiten und zusammenzuleben – winzige, aber vertrauensvolle Schritte in Richtung der von Suhairs Großmutter gehegten Hoffnung auf kollektive Befreiung.

Aus dem Englischen übersetzt und zusammengestellt von Lucia Hämmerle, unterstützt durch Übersetzungssoftware und KI



Das Zeichen des Willkommens

Das Lachen und Reden war schon von weitem zu hören. Eine junge Frau und ein wandernder Handwerksbursche waren durch die Hügel und Weinberge unterwegs. Sie hatten sich in der letzten größeren Stadt in der Herberge getroffen, gut verstanden, und teilten nun ein Stück des Weges miteinander. Je weiter sie nun jedoch kamen, desto unruhiger und zugleich stiller wurde die Frau.

„*Bedrückt dich etwas?*“, wandte sich ihr Begleiter an sie.

Zögerlich begann die Frau zu erzählen: „*Nachdem mein Vater mir alles beigebracht hatte, was er selbst wusste, wollte ich noch mehr erfahren und die Welt sehen! Meine Familie mochte mich nicht ziehen lassen. Es sei zu gefährlich und überhaupt unschicklich. Also nahm ich das Geld, das für nötige Anschaffungen auf dem Hof gedacht war, und schlich mich damit davon. Dass ich loszog, bereue ich nicht. Aber wie ich von Zuhause fortging, liegt mir schwer auf dem Herzen. Und dort vorne, noch drei Wegbiegungen weiter, wird das Haus meiner Eltern zu sehen sein. Schon vor Wochen habe ich ihnen einen Brief geschrieben, dass ich um diese Zeit hier vorbeikommen werde. Ich bat sie, wenn sie mir verziehen hätten, ein Band in den großen Baum vor dem Gehöft zu binden. Dann weiß ich, dass ich willkommen bin. Wenn nichts im Baum hängt, ziehe ich weiter.*“

Der Handwerker nickte schweigend. Die beiden waren nun schon nahe an der Stelle, von der aus man ins Tal auf den Hof sehen konnte.

„*Kannst du bitte zuerst einen Blick hinunter werfen und mir sagen, was du siehst?*“, bat die junge Frau. Bereitwillig ging der Bursche ein Stück voraus und spähte in die Weite und sagte dann sanft: „*Komm ruhig, und sieh selbst.*“

Es hing nicht ein Band im Baum – es waren hunderte. Sie wehten in allen Farben im Wind als Zeichen des Willkommens.

Frau Wolle (aus „4. Geschichtenadventkalender“, www.frauwolle.at)
oft gehörte Geschichte aus der mündlichen Überlieferung